

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., einschließlich Abgabe. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 1 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,25 RM., bei Postbestellung 1,50 RM., einschließlich Abgabe. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Abgabe des Blattes sind die Gebühren für die Zustellung durch die Boten zu zahlen. Bei Abgabe durch die Post sind die Gebühren für die Zustellung durch die Post zu zahlen. Bei Abgabe durch die Post sind die Gebühren für die Zustellung durch die Post zu zahlen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 142. — 86. Jahrgang. — Wilsdruff, Dresden. — Dienstag, den 21. Juni 1927

## Deutschlands „Sündenfall“.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:  
Es wird allmählich nichts anderes mehr übrigbleiben, als über die gewöhnlichen Sonntagsgeschichten des französischen Ministerpräsidenten nur noch die Achseln zu zucken oder sie — humoristisch zu nehmen. Er hat schon wieder einmal geredet, und zwar in Lunövill, also seiner engeren Heimat. Über Deutschland natürlich. Daß es die erste Rede eines verantwortlichen Staatsmannes nach der Sitzung des Völkerbundes war, mag nun so nebenbei bemerkt werden, da ihm dieser Umstand offenbar gänzlich gleichgültig zu sein scheint. Uns Deutschen kann der ganze Redeschwulst auch gleichgültig sein. Briand, der sogenannte Träger der französischen Außenpolitik, wird ja zu den rednerischen Turnübungen seines Regierungschefs wohl auch nichts sagen dürfen.

Poincaré leidet offenbar an einem gelinden Verfolgungswahnsinn. Oder ist wenigstens so. In Lunövill — nun, da kann er doch daran erinnern, daß vor mehr als 14 Jahren dort ein „Jeppelin“ zur Landung gezwungen wurde, nachdem er sich verselbstet hatte. Das war ein ganz heimlichlicher Kunde; denn er sei, wie Poincaré ausführte, „verdächtig und mysteriös über dem französischen Festungsgebiet hin- und hergekreuzt“. Und siehe da: Poincarés „genie“ erkennt Pielens die steifsten und verdecktesten politischen Zusammenhänge, durchsicht das böhrenden Bildes die Gerissenheit der deutschen Vorkriegspolitik. „Drei Tage später begann dann im Reichstag die Debatte über die Heeresnovelle; es war offenbar, daß man versuchte, ihre Verabschiedung durch eine geschickte Darstellung des Lunöviller Zwischenfalls und sehen voller Bewunderung auf ihren scharfsinnigen Ministerpräsidenten und danken Gott, daß ihr Schicksal einem so übertragendem Geschehen anvertraut ist.“ Dann schmurt die übliche Gramophonplatte ab, Militärkate und deutsche Kriegsschuld, Greuelthaten und „kaiserliche Kriegstreiber“ — aber natürlich habe Frankreich gegen die Deutschen weder Haß noch Groß. Obwohl das neue Deutschland durchaus nicht viel besser sei als das alte; denn „warum schickte Deutschland vor vierzehn Tagen ostentativ ein Kriegsschiff nach Lissabon, das es noch „Eisak“ nennt? Wenn wir nicht irren, hat es auch in Paris nach 1870 eine Statue gegeben, die „Straßburg“ benamset war trotz des Frankfurter Friedens und obwohl Straßburg eine deutsche Stadt geworden war!“

Dann vollführt Poincaré einen wunderbaren Kunstausgang in der Frage, wie der Vertrag von Locarno auszulegen sei. Er tut gar herrliche Sprünge. Während Frankreich in Genf und vorher in Locarno selbst „bereite Beweise seines friedlichen Willens“ gegeben habe, wolle man in Deutschland, Ausführungen maßgeblicher politischer Führer zufolge, „moralisch“ auf frühere deutsche Provinzen nicht verzichten, wenn auch der Verdacht auf Gewaltanwendung zwecks Rückeroberung ausgesprochen sei. Aber Deutschland sei überhaupt ohnehin, erschwere die Revision des Dawes-Planes, durch die Verzögerung einer Neuorganisation der Polizei, durch die Richtauflösung militärischer Verbände, durch die Aufrechterhaltung von Arsenalen und Kasernen in Abtretung der Verfallener Bestimmungen, durch die Weigerung, die Zerklüftung der vertragswidrigen Besetzungsanlagen zu beenden, usw. usw. Die Sündenliste wird von Tag zu Tag länger, während doch Frankreich, das friedliebende, die Annäherung gar so heftig wünscht!

Wenn wir Deutsche doch bloß wüßten, was Poincaré unter den „bereiten Beweisen seines friedlichen Willens“ in Locarno und Genf meint! Darüber sagt er nämlich nichts Näheres und wir bösen Deutschen sind darob der Meinung, daß er darüber Näheres gar nicht sagen kann, weil außerdem Briand, als nun in Genf wirklich davon gesprochen wurde, an Girteltroffe erkrankte, also nicht einmal mehr reden konnte! Das besorgte jetzt Herr Poincaré; will man ihn wirklich ernsthaft nehmen, so ist diese Rede wieder ein ebenso bereiteter wie drastischer Kommentar zu dem Genfer Kommuniqué über das Weiterstreben der „Politik von Locarno“, deren Inhalt nach seiner Ansicht eben nur in Forderungen über Forderungen an Deutschland bestehen soll.

Eine französische Zeitung in London macht folgenden Kommentar: „Der Sonntag war ein Tag der Unglücksfälle, Gewitter, Brände, Autokatastrophen und am schlimmsten die Rede Poincarés.“

## Die Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Ab 1. Oktober 1927.  
Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung von Anträgen über die Besoldungserhöhung für die Beamten der Reichsfinanzminister, daß die Regierung bereit sei, ab 1. Oktober eine Besoldungserhöhung vorzunehmen, sofern nicht katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. Dabei soll eine a r u n b

## Genfer Nachklänge.

### Berichterstattung Dr. Strefemanns.

Vor der außenpolitischen Debatte.  
Die deutsche Delegation, die Deutschland auf der letzten Völkerbundratsitzung vertrat, ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Nachdem Reichsaussenminister Dr. Strefemann dem Reichspräsidenten, der übrigens auch den Reichskanzler Marx zu einem Vortrag über die innenpolitische Lage empfangen hat, Bericht über die Ergebnisse der Genfer Ratstagung erstattet hatte, beschloß sich auch das Reichskabinett mit der letzten Völkerbundratsitzung. Im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, wird auch der Reichstag Gelegenheit nehmen, während einer großen außenpolitischen Debatte über die Vorgänge in Genf zu sprechen. Wie es heißt, wird der Reichsaussenminister die Aussprache mit einer großen Rede einleiten, in der er einen Rechenschaftsbericht über die Genfer Ratstagung geben wird. Die Regierungspartei beabsichtigt zu dieser Aussprache nicht einzelne Fraktionsredner vorzuschicken, sondern eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Diebezügliche interfraktionelle Besprechungen sind bereits im Gange. Viel beachtet in politischen Kreisen wurde die Sitzung der deutschen Reichstagsfraktion am Montag, die sich mit Genf beschäftigte haben soll. Im übrigen ist auch damit zu rechnen, daß Dr. Strefemann in seiner großen außenpolitischen Rede auf die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten in Lunövill zurückkommen wird.

Von gut unterrichteter politischer Seite, die Kreise der deutschen Genfdelegation nicht ganz entfernt stehen, wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Genfer Vorgänge von dem Gesichtspunkt der europäischen Politik aus betrachtet werden müssen. Es wird von dieser Seite betont, daß in Genf die Frage des europäischen Friedens diesmal entscheidend war. Von seiner beteiligten Seite seien Deutschland in Bezug auf Rußland irgendwelche Verpflichtungen auferlegt worden. Deutschlands Stellung sei in dieser Frage durch die Verhandlungen in Genf gestärkt worden. Weiter wird erklärt, daß die Renekbeschwerde durch die zwischen Dr. Strefemann und Wol-demaräs getroffenen persönlichen Vereinbarungen auch nicht befriedigender durch das Eingreifen des Völkerbundes hätte erledigt werden können. Allgemein wird bedauert, daß Briand durch seine Angererkennung, von der er tatsächlich befallen worden ist, vorzeitig Genf verlassen mußte. Durch die plötzliche Abreise sollen aber die Verhandlungen, bei denen es sich um die Hexamlinänderung der Besatzungsstärke handelte, keineswegs auf das tote Glets gekommen sein. Zum Schluß wird betont, daß es sich bei der Zuwahl Deutschlands in die Mandatskommission durchaus um die Wahrung eines deutschen Interesses handele. Es wird darauf hingewiesen, daß im ehemaligen Deutsch-Ostafrika jetzt noch von deutscher Annäherung leben, ebenso seien auch in Kamerun deutsche Interessen zu wahren. Deutschland müßte also auf den Sitz in der Mandatskommission Wert legen.

legende Änderung der Besoldungsordnung vorgenommen und nicht nur prozentuale Zuschläge gewährt werden. Eine Anleihe komme für die Besoldungsvorlage selbstverständlich nicht in Frage. Post, Eisenbahn, den Gemeinden und Ländern müßte eine Neuregelung selbst überlassen bleiben. Demnach würde eine gemeinsame Sitzung der Völkervereinigung mit dem Reichsfinanzminister in Berlin über diese Frage stattfinden. Der preussische Finanzminister habe ihm mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter in Preußen vor dem 1. Oktober gleichfalls nicht in Frage läme.

## Der Diktator von China.

Feierliche Ausrufung.  
Die Einsetzung des Marschalls Tschangtschi als Diktator fand in der Zeremonienhalle zu Peking statt, in der die früheren Präsidenten eingesetzt wurden. Marschall Tschangtschi legte den Eid ab und hielt eine kurze Ansprache. Später hielt der neue Diktator einen Empfang im Auswärtigen Amt ab, wozu zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps in privater Eigenschaft anwesend waren.

Tschangtschi erklärte, Tschiantaische Versicherungen, daß er dem Kommunismus fernstehe, seien nicht ausreichend gemeint. Die Zahl der antikommunistischen Streitkräfte belaufe sich auf 500 000 Mann. Diese seien entschlossen, den Bolschewismus auszurotten.

Der kommandierende Admiral des französischen Eskadrenschwaders, Vassre, hat nach einer englischen Meldung Schanghai verlassen, um sich nach Frankreich zu begeben. — Ein chinesischer Bericht aus Santsau besagt,

### Eröffnung der Sitzung des Mandatsausschusses.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes hat seine erste Tagung mit einer öffentlichen Sitzung eröffnet. Nach der einstimmigen Wiederwahl seines langjährigen Präsidenten, Teodoli (Italien), nahm der Ausschuß den Bericht der Mandatsabteilung des Völkerbundes entgegen und stellte seine Tagesordnung fest, auf der auch gemäß des Ratbeschlusses der letzten Woche die Frage der Erweiterung des Ausschusses durch ein deutsches Mitglied steht. Die Frage wird, wie fast die gesamte Tagesordnung, also auch eine Mitschrift vom Bund der deutschen Teageländer, in nichtöffentlicher Sitzung im Laufe der auf etwa vierzehn Tage berechneten Tagung entschieden werden.

### Die Genfer Seeabrästungskonferenz.

Die Genfer Seeabrästungskonferenz, oder, wie sie auch nach ihrem Einberufer kurz genannt wird, die Coolidge-Konferenz, hat am Montag in Genf ihre Arbeiten aufgenommen. Den Vorsitz auf der Konferenz führt der Gesandte der Vereinigten Staaten in Brüssel, Gibson. Diese Dreimächtekonferenz, zu der einige Staaten auch einen Beobachter entsenden, ist die Fortsetzung der Washingtoner Konferenz vom November 1921, die die Gesamttonnage der Großkampfschiffe für die Vereinigten Staaten und Großbritannien auf je 325 000 Tonnen, für Japan auf 315 000 Tonnen und für Frankreich und Italien auf je 175 000 Tonnen beschränkte. Das Abkommen bestimmte ferner, daß Großkampfschiffe über 35 000 Tonnen nicht gebaut werden sollen und keine Geschütze über 406 Millimeter tragen dürfen. Die jetzige Konferenz soll nun das Abkommen auf die kleineren Schiffstypen, Kreuzer, Torpedo- und U-Boote erweitern.

## Amerikanische Stimmen für sofortige Rheinlandräumung.

New York, 20. Juni. Die New York Times schreiben, die Genfer Vorgänge hätten den Beweis erbracht, daß Deutschland bei der Lösung der europäischen Fragen unentbehrlich geworden und mehr als andere Staaten in der Lage sei, auf Moskau maßgebend einzuwirken. Strefemann scheine wirklich die Rolle Bismarcks übernehmen zu wollen. Deutschland werde, so erklärt das Blatt weiter, die sofortige Rheinlandräumung verlangen. — Es würde kein großes Risiko sein, wenn man der sofortigen Räumung des besetzten Gebietes zustimmte. Deutschland habe bestimmt ein moralisches Recht darauf, selbst wenn man das legale Recht bestreiten wollte. Deutschland habe den Locarno-Abmachungen zugestimmt und sei Mitglied des Völkerbundes. Darum solle man dem Reich also nicht bei der Befreiung eines Territoriums helfen und mit ihm zusammenarbeiten, um der Befreiung Rußlands vom kommunistischen Joch die Wege zu ebnen. Früher oder später müßte Deutschland doch als Herr im eigenen Hause anerkannt werden.

daß die erwartete Entlassung des Russen Worodin tatsächlich erfolgt ist; aber die Chinesen messen diesem Schritt nicht viel Bedeutung bei, da sie der Ansicht sind, daß Worodin weiterhin die Politik von Hankau tenten würde.

## Erster Konflikt zwischen Japan und der Nanking-Regierung.

Eigener Nachrichtendienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Schanghai, 21. Juni. Nach einer Meldung aus Schanghai hat der Generalkonsul von Nanking eine scharfe Protestnote an die japanische Regierung gerichtet, in welcher dagegen protestiert wird, daß die japanische Regierung fremde Untersuchungen unterstütze.

## Die Lage der deutschen Zeitungen.

Die wirtschaftliche Konjunktur.  
Nach Beginn der eigentlichen geschäftlichen Beratungen des in Dresden versammelten Vereins Deutscher Zeitungsverleger, an denen über 700 Verleger aus dem ganzen Reich teilnehmen, wies der Vorsitzende, Dr. Krumbhaar-Viegnitz, auf die wichtigen Fragen der Neuformung des Presserechts und Reform des Strafgesetzbuches hin.

Die Versammlung genehmigte den Jahresbericht, die Jahresrechnung und wählte die auscheidenden Vorstandmitglieder wieder. Aber die allgemeine Lage der deutschen Zeitungen sprach dann Dr. Krumbhaar. Er führte aus, daß von einer guten Konjunktur angeht die ungeheuren Reparations- und Steuerlasten noch lange